



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Mobilität -

Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 26. Januar 2023

Vorlagen-Nr. 23-F-15-0001

**Nahverkehrsplan - Kriterien und Bürgerbeteiligung
- Antrag der Fraktion Freie Wähler / Pro Auto vom 05.01.2022 -**

Die Erstellung eines neuen Nahverkehrsplan (NVP) für Wiesbaden und den Rheingau-Taunus-Kreis ist in Vorbereitung. Neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen sind auch regionale Besonderheiten und Gegebenheiten zu berücksichtigen. Hierzu halten wir es für wichtig, vorab zu erfahren, welche Kriterien von Seiten des Magistrates von besonderer Bedeutung sind und wie diese gewichtet werden. Ebenso halten wir meßbare Kennzahlen für die Streckenführung- und taktung, sowie eine Bürgerbeteiligung und Einbindung der Ortsbeiräte für weitere wichtige Aspekte für eine gelingende Umsetzung des neuen NVP.

Der Ausschuss möge hierzu beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. welche konkreten Kriterien ESWE Verkehr für die jeweiligen Streckenführungen- und taktungen festlegen möchte,
 - a) welche Linien erfüllen aktuell nicht oder nur in geringem Umfang diese Kriterien,
 - b) welche möglichen Änderungen der Linien (Linienführung und Taktung) inklusive möglicher neuer Linien (zusätzlich zu den bereits geplanten Tangentiallinien im Osten) geplant sind,
2. in welcher Form eine Bürgerbeteiligung bzw. Einbindung der Ortsbeiräte durchgeführt wird und welchen Einfluss diese auf Entscheidungen haben wird,
3. welche neuen P+R Plätze geplant sind (gemäß des aktuellen NVP - Punkt 2.2.4)
4. welche Priorität hierbei die Reaktivierung der Aartalbahn hat,
5. ob und wie (ggf. auch teilweise) eine zweigleisige Streckenführung der Ländchesbahn angedacht ist,
6. welche Verbesserungen in der Verknüpfung der regionalen Bahnhöfe in Wiesbaden mit dem Busnetz angedacht sind (gemäß des aktuellen NVP - Punkt 2.2.4)
7. ob, wie und wo der Einsatz eines On-Demand Verkehrs (Bus auf Anforderung) für sinnvoll angesehen wird (um mögliche Lücken des ÖPNV zu schließen bzw. andere Fahrzeugtypen nutzen zu können),
8. ob Gesprächstermine mit dem Rheingau-Taunus-Kreis zum NVP) vereinbart worden sind?

Beschluss Nr. 0009

Der Antrag ist durch Aussprache erledigt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 09.02.2023

Martin Kraft
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2023

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2023

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister